

Antrag

Initiator*innen:

Titel:

Der Herbst der Reformen darf kein Herbst der sozialen Kälte werden!

Antragstext

1 Der Herbst der Reformen darf kein Winter der sozialen Kälte werden!

2 Die Bundesregierung hat einen „Herbst der Reformen“ angekündigt, der im Kern
3 beinhaltet, dass Sozialausgaben gekürzt werden sollen. Im Fokus steht hierbei
4 vor allem das Bürgergeld. Damit möchte die schwarz-rote Bundesregierung das
5 Haushaltsloch für das kommende Haushaltsjahr in Höhe von rund 30 Mrd. € stopfen.
6 Die Vorstellung der Bundesregierung lautet, damit Einsparungen in Höhe von
7 mindestens 5 Mrd. € zu erzielen, was inzwischen schon wieder auf unter 1 Mrd.
8 korrigiert wurde. Wir halten diese politische Schwerpunktsetzung für falsch,
9 denn sie löst weder das Problem des Bundeshaushalts, noch ist es inhaltlich
10 zielführend – im Gegenteil - wir halten diese Form der dadurch erzielten
11 sozialen Spaltung für politischen Unfug und brandgefährlich!

12 Aber auch im Hinblick auf andere Sozialleistungen klingt es oft so, als solle
13 dem Sozialstaat die Axt angelegt werden. Der Bundeskanzler behauptet, dass wir
14 uns den Sozialstaat in seiner jetzigen Form nicht leisten können. Allerdings
15 wird nicht weiter formuliert, was genau wir uns nicht leisten können und wo
16 konkret, über das Bürgergeld hinaus, Einsparungen erfolgen sollen. Gleichzeitig
17 werden Vorschläge, die Einnahmesituation der Sozialversicherungen oder des
18 Staates zu verbessern oft reflexartig abgelehnt. Der sozialdemokratische Anteil
19 der Bundesregierung beharrt auf alte Strukturen, ohne zukunftsorientierte
20 Vorschläge zu machen, die gerade auch jüngere Generationen mitdenkt. Bis auf
21 Kommissionen und markigen Sprüchen, fehlt es an konkreten Umsetzungsvorschlägen.

22 Wir sind in Zeiten großer gesellschaftlicher Verunsicherung, die erfordern, dass

23 politische Verantwortungsträger*innen keine Ängste schüren, sondern Sicherheit
24 geben. In diesem Selbstverständnis führen wir als **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**
25 **Schleswig-Holstein** diese Debatte.

26 Dass unsere sozialen Sicherungssysteme reformbedürftig sind, erkennen wir an.
27 Uns geht es hierbei aber nicht ausschließlich um kostendämpfende Maßnahmen
28 innerhalb der bestehenden Strukturen, sondern auch um eine Verbesserung und eine
29 echte Reform im Sinne derer, die auf unsere sozialen Sicherungssysteme
30 angewiesen sind. Ein reiches Land wie Deutschland muss sich einen gut
31 ausgestatteten Sozialstaat leisten!

32 **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein** bekennt sich zu einem starken
33 Sozialstaat. Dieser ist nicht nur verfassungsrechtlich festgeschrieben, er ist
34 für uns geboten und der Grundpfeiler einer liberalen und wehrhaften Demokratie,
35 der die Schwächsten in unserer Gesellschaft schützen soll!

36 Daraus ergibt sich für uns ein Handlungsbedarf der folgende Themenbereiche
37 umfasst:

38 **1. Recht auf Teilhabe für Menschen mit Behinderung**

39 Der Bund muss sich an den **Kosten und den Kostensteigerungen der**
40 **Eingliederungshilfe beteiligen**, damit Länder und Kommunen die Ziele des
41 Bundes teilhabegesetztes tatsächlich umsetzen können. Die steigenden finanziellen
42 Belastungen müssen gemeinsam gestemmt werden. Zudem ist der Bund gefragt,
43 bürokratische Strukturen zu vereinfachen, um auf allen Ebenen schlankere
44 Strukturen zu ermöglichen. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen mit
45 Behinderung und Beeinträchtigung auch in Zukunft die Unterstützung bekommen, die
46 ihnen zusteht. Die Eingliederungshilfe betrachten wir nicht als Kostenfaktor,
47 sondern als ein Werkzeug, mit dem sichergestellt wird, dass alle Menschen
48 gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilnehmen können.

49 Wir bekennen uns zu den Angeboten der Werkstätten und sind uns im Klaren
50 darüber, dass es viele Menschen gibt, die dort arbeiten wollen. Allerdings gibt
51 es auch viele Menschen, die eine Chance auf Zugang zum ersten Arbeitsmarkt haben
52 wollen und denen hierbei rechtliche und praktische Rahmenbedingungen im Weg
53 stehen. Deshalb braucht es eine **Reformierung des Werkstättenrechts**, um diese
54 Möglichkeiten auszuschöpfen.

55 Die UN-Behindertenrechtskonvention sichert das Recht auf allgemeine Teilhabe am
56 Arbeitsleben. Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention. In der Praxis
57 sind wir jedoch noch weit von einem inklusiven Arbeitsmarkt entfernt. Menschen

58 mit Behinderungen sind Fachkräfte, deren Potenziale bislang zu wenig genutzt
59 werden. Instrumente wie das Budget für Arbeit müssen daher gestärkt werden;
60 Kürzungen in diesen Bereichen sind mit einer inklusiven Arbeitsmarktpolitik
61 unvereinbar.

62
63 Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) bieten zwar einen geschützten
64 Rahmen, dürfen jedoch kein Endpunkt beruflicher Teilhabe sein. Wir fordern eine
65 grundlegende Reform des Werkstättenrechts, die echte Wahlfreiheit sicherstellt:
66 Niemand darf dauerhaft auf eine WfbM angewiesen sein, wenn er oder sie am
67 allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein möchte. Die Reform muss unter aktiver
68 Mitwirkung der Menschen mit Behinderung erfolgen – ganz im Sinne des Prinzips
69 „Nichts über uns – ohne uns.“

70
71 Finanzielle und strukturelle Anreize müssen dabei die Beschäftigten und ihre
72 Wahlfreiheit stärken. Ein verändertes Vergütungsmodell, etwa mit zentraler
73 Auszahlung aller Leistungen über den Lohn oder aus einer Hand, kann Bürokratie
74 und Kosten reduzieren und den Beschäftigten direkt zugutekommen. Dafür muss auf
75 Bundesebene endlich die Reform weiterentwickelt werden.

76
77 Unser Ziel als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein bleibt ein Arbeitsmarkt,
78 in dem Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam und gleichberechtigt
79 arbeiten - mit gerechter Bezahlung, echter Wahlfreiheit des Arbeitsplatzes und
80 umfassender sozialer Teilhabe.“

81 **2. Ein generationengerechtes Rentensystem**

82 Während 1960 noch sechs Beitragszahler*innen auf eine*n Rentner*in kam, sind es
83 heute zwei Beitragszahler*innen. Das bedeutet, dass sich nicht nur unsere
84 Gesellschaft rapide verändert hat, sondern ein generationengerechtes
85 Rentensystem nur möglich ist, wenn es die Herausforderungen der jeweiligen
86 Generationen im Blick hat und auf sie reagiert. Die Zementierung des
87 Rentenniveaus auf 48 Prozent ohne einen Vorschlag für die Gegenfinanzierung, ist
88 kein zukunftsfestes Rentensystem. Ohne grundlegende Reformen wie die
89 **Einbeziehung weiterer Beitragszahler*innen und eine Stärkung der**
90 **kapitalgedeckten Altersvorsorge für alle**, drohen die Lohnnebenkosten künftig
91 Arbeitnehmer*innen und Arbeitgebende zu erdrücken und Arbeit unattraktiv zu
92 machen.

93 **3. Reform der sozialen Pflegeversicherung**

94 Wir brauchen eine **generationengerechte** Reform der sozialen Pflegeversicherung.
95 Dazu ist es notwendig, dass der Bund sich mit folgenden Themen auseinandersetzt:

- 96 • Eine **Umgestaltung der Finanzierung** ist dringend nötig. Für uns gilt der
97 Grundsatz: **Entbürokratisierung vor Leistungskürzung**. Wir brauchen eine
98 Entlastung der Pflegekassen. **Versicherungsfremde Leistungen** wie die
99 Coronamehrkosten, Ausbildungskosten oder die Absicherung von pflegenden
100 Angehörigen müssen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Für die
101 steigenden Eigenanteile in der stationären Pflege fordern wir einen
102 **Kostendeckel pro Pflegeplatz**. Die Eigenanteile sind inzwischen ins
103 Unermessliche geschossen. Das ist für Pflegebedürftige und ihre
104 Angehörigen nicht mehr leistbar.
- 105 • Der volkswirtschaftliche Wert durch unbezahlte Pflege von pflegenden
106 Angehörigen wird in Deutschland auf 206 Mrd. Euro jährlich geschätzt. Die
107 **Entlastung und Unterstützung von pflegenden Angehörigen** müssen in der
108 Reform im Fokus stehen.
- 109 • Wir brauchen außerdem eine bessere und **gesetzlich verankerte Steuerung der**
110 **pflegerischen Versorgung durch die Kommunen**. Sie müssen für die Erstellung
111 abgestimmter Konzepte der Quartierspflege, Pflegedienstleistungen und für
112 Pflegende Angehörige befähigt werden – und der Bund muss den Kommunen
113 diesen Mehraufwand bezahlen.
- 114 • Um Pflegebedürftigkeit möglichst zu verhindern und Verläufe abzumildern,
115 muss schon frühzeitig mit **Prävention begonnen und auch vermehrt**
116 **rehabilitative Pflege angeboten werden**.

117

4. Gesetzliche Krankenversicherung

118 Zur kurzfristigen Stabilisierung braucht es wie in der sozialen
119 Pflegeversicherung eine **Übernahme versicherungsfremer Leistungen durch den**
120 **Bundeshaushalt**, um das Solidarsystem zu stabilisieren. Mittelfristig müssen die
121 größten finanziellen Hebel bewegt werden durch **konsequente Gesundheitsförderung**
122 auf Basis eines **novellierten Präventionsgesetzes, flächendeckende**
123 **Digitalisierung und Entbürokratisierung** samt einer Reduktion des
124 Verwaltungsapparats.
125 Langfristig bedarf es der **Überführung von Sozialer und Gesetzlicher**
126 **Krankenversicherung in eine Grundversicherung**, in die alle Menschen unabhängig
127 von Einkommensart einzahlen. Menschen mit niedrigen Einkommen zahlen heute einen
128 deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für unser Solidarsystem als Menschen
129 mit hohen Einkommen. Diesen Umstand wollen wir durch eine umfassende Reform

130 entgegenwirken, um ihnen mehr Netto vom Brutto zu lassen.

131 **5. KiTa-für-Alle**

132 **Nicht jedes Kind in Schleswig-Holstein hat einen KiTa-Platz** und das, obwohl wir
133 so viel Geld für KiTa ausgeben wie noch nie. **Rund 1,8 Mrd. Euro werden in**
134 **Schleswig-Holstein im Jahr 2025 für die Kleinsten ausgegeben.** Dabei trägt das
135 Land mit ca. 42% den größten Anteil in Höhe von 758 Mio. €, die Kommunen mit
136 etwa 37 % den zweitgrößten und die Eltern finanzieren mit ihrem gedeckelten
137 Anteil den restlichen Anteil von aktuell ca. 21%.

138 Wir wissen, dass es eine Diskrepanz zwischen bildungsnahen vs. bildungsfernen,
139 migrantischen vs. nicht-migrantischen, einkommensschwachen vs. einkommensstarken
140 Familien gibt, wenn es darum geht, wer eine KiTa besucht. Ein konkretes
141 Beispiel: **Laut statistischem Bundesamt liegt die Betreuungsquote der Drei- bis**
142 **Sechsjährigen bei Kindern ohne Migrationshintergrund bei 103%, bei Kindern mit**
143 **Migrationshintergrund hingegen nur bei 60%.**

144 Das führt zu unterschiedlichen Startbedingungen bei Kindern zu Schulbeginn und
145 mit Blick auf spätere berufliche Chancen. **Wir wollen einen Weg aufzeigen, der**
146 **die Platzkapazitäten erhöht und Kindern und Familien ermöglicht, die**
147 **frühkindliche Bildung und Unterstützung zu erfahren, die sich brauchen.** Wir
148 sprechen uns gegen eine KiTa-Pflicht aus, denn wir sehen keinen Sinn darin, eine
149 Pflicht zu formulieren, wenn wir als Staat noch nicht ausreichend Kapazitäten
150 bereitstellen. **Wir wollen die Kita-für-Alle!**

151 Wir können und wollen uns nicht damit zufriedengeben, dass nicht jedes Kind die
152 frühkindliche Bildung erfährt, die es benötigt. Wir wollen deshalb die
153 **Betreuungsquote im Bereich der über Drei-Jährigen spürbar erhöhen** und jetzt ist
154 ein genau der richtige Zeitpunkt. Die rückläufigen Kinderzahlen bedeuten
155 freiwerdende Ressourcen, die unbedingt in die Stabilisierung des Systems
156 investiert werden müssen durch einen Platzausbau und in gute Arbeitsbedingungen
157 für Fachkräfte!

158 Wir dürfen nicht den Fehler machen, dass vor Ort oder im Land mit weniger
159 Ressourcen geplant wird, wenn noch rund **10 Prozent der über Drei-Jährigen Kinder**
160 **keinen KiTa-Platz haben.** Gleichzeitig müssen wir mit Kreisen und Kommunen, die
161 **das Platzangebot schaffen, eine gemeinsame Strategie zur Umsetzung dieser**
162 **Garantie erarbeiten.**

163 **Die Sanierung und der Umbau von Kitas muss weiterhin gefördert und finanziell**
164 **abgesichert werden.** Zudem müssen KiTa-Plätze nicht nur wohnortnah vorgehalten,

165 **sondern auch weitere Hindernisse für Bildungs- und Chancengerechtigkeit**
166 **reduziert und Präventionsangebote vor Ort ausgebaut werden. Dafür sollen die**
167 **Erkenntnisse der Schleswig-Holsteinischen und der in anderen Ländern**
168 **durchgeführten Projekte zur Armutsprävention (Kommunale Präventionsketten)**
169 **schnell in strukturelle Reformen und Verbesserungen einfließen. So schaffen wir**
170 **nicht nur die nötige ganzheitliche Förderung von Kindern und ihren Familien,**
171 **sondern reduzieren mittelfristig auch die staatlichen Folgekosten, die immer mit**
172 **ungleichen Bildungschancen einhergehen.**

173 Deshalb setzen wir uns für ein **KiTa-Garantie-Programm für die Kommunen ein**. Mit
174 diesem Programm sollen diejenigen Kinder einen KiTa-Platz bekommen, **die noch**
175 **keinen haben und gerade in sozial herausfordernden Gegenden leben**. Deshalb
176 **wollen wir uns auf Landesebene, so wie auf kommunaler Ebene dafür einsetzen,**
177 **dass bestehende KiTa-Mittel erhalten und gezielt für Kinder ohne KiTa-Platz**
178 **genutzt werden**.

179 Die Mittel sollen vor allem für zusätzliches Personal und zusätzliche Maßnahmen
180 genutzt werden, um die Betreuungsquote zu erhöhen.

181 **6. Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten stärken**

182 Wir bekennen uns zu einer vielfältigen Gesellschaft, die in der Migration nicht
183 nur Probleme sieht, sondern Möglichkeiten für Menschen mit Migrationsgeschichte
184 selbst und für unsere schleswig-holsteinische Wirtschaft. Wir möchten, dass
185 Menschen von Tag eins an, als ab Ankunft die Möglichkeit haben ihren eigenen
186 Lebensunterhalt durch eigene Arbeit oder Ausbildung zu verdienen. Dafür braucht
187 es gute Ankommensinfrastruktur in Land und Kommunen, die verzahnt sind und eine
188 feste Kooperation mit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft mit dem Land für
189 Jobperspektiven für Geflüchtete. Wir wollen, dass das neu eingeführte
190 **Screeningverfahren der Kompetenzen von Geflüchteten in den**
191 **Erstaufnahmeeinrichtungen**, damit sie schneller und besser ankommen, zum neuen
192 **Standard für Schleswig-Holstein** wird. Wir wollen außerdem, dass die Verfahren
193 zur Anerkennung von bereits erworbenen Qualifikationen entbürokratisiert und
194 vereinfacht werden, um Menschen schneller in Jobs zu bringen, für die sie
195 bereits ausgebildet sind.

196 **7. Wohnraum schaffen – Mieter*innen schützen**

197 Einer der großen Krisen unserer Zeit ist, dass Mieten zu teuer sind, Nebenkosten
198 steigen und viele Menschen keinen passenden Wohnraum finden. **Wir brauchen mehr**
199 **Wohnraum für junge Menschen, einkommensschwache Personen und junge Menschen in**
200 **Ausbildung oder Studium**. Mindestens im Neubau muss dieser barrierefrei errichtet

werden. Und wir müssen Mieter*innen schützen. Mit dem **Wohnraumschutzgesetz** in Schleswig-Holstein haben wir es als Grüne geschafft ein Instrument einzuführen, dass vor allem die Rechte der Mieter*innen schützen soll. Allerdings reicht es in seiner derzeitigen Ausgestaltung nicht aus. Damit das Instrument noch besser greift, muss es bei geeigneten Fällen im ganzen Land angewendet und für Mieter*innen selbst konkret nutzbar gemacht werden. Deshalb wollen wir dieses Instrument erweitern und weiterentwickeln zusammen mit Expert*innen rund um das Thema Mieten und Wohnen, um in Vorbereitung unseres Wahlprogramms einen Schwerpunkt auf dieses Thema zu richten. Die hohe Förderung des sozialen Wohnungsbaus muss beibehalten werden! In dieser Wahlperiode ist es bereits gelungen, die **Kappungsgrenzenverordnung wieder einzuführen**, um unverhältnismäßige Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen zu verhindern. Als Nächstes setzen wir uns dafür ein, auch die **Mietpreisbremse erneut einzuführen**, um Mieterhöhungen bei Mieter*innenwechsel zu regulieren. **Kommunale Wohnungsbaugesellschaften möchten wir gezielt unterstützen**, damit Wohnraum dort entsteht, wo er gebraucht wird. Der Wohnungsmarkt braucht Regulierung, denn nur das Credo "Bauen, Bauen, Bauen" wird das Verteilungsproblem nicht lösen!

219 8. Vermögen und Erbschaften besteuern – Gerechtigkeit herstellen

220 Während die Ausgaben und Aufgaben des Staates steigen, wird auf der
221 Einnahmeseite lediglich auf Wirtschaftswachstum gesetzt. Trotz vollmundiger
222 Ankündigungen und einem Riesen-Kreditrahmen bleibt die neue Regierung weit
223 hinter den Wachstumsversprechen zurück. Deshalb muss die Einnahmeseite gestärkt
224 werden.

225 In Deutschland haben wir eine verhältnismäßig hohe Besteuerung von Einkommen.
226 Beim Vermögen hingegen nicht. **Gerade eine Vermögenssteuer und eine wirksame**
Erbschaftssteuer würden den Ländern zugutekommen und die Vermögensungleichheit
in Deutschland entgegenwirken. Unser Grundgesetz sieht eine Vermögenssteuer vor,
227 sie ist derzeit nur ausgesetzt. Die Zeit ist längst überfällig: Wir wollen
228 wieder eine gerechte Vermögenssteuer einführen. Hierbei geht es nicht darum,
229 Betriebe zu gefährden oder den hart erarbeiteten Besitz von einzelnen Personen.
230 Wir wollen, dass Milliardäre ihren fairen Anteil zahlen und sich Menschen, die
231 zig Millionen Euro herumliegen haben, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung
232 stellen. Hierzu muss auch die Erbschaftssteuer reformiert werden, um auch die
233 Superreichen zu erreichen.

234 Darüber hinaus müssen auch hohe Kapitalerträge bei den
235 Sozialversicherungsausgaben mitgedacht werden. Das wäre ein wichtiger
Reformschritt bei der Stabilisierung unserer Sicherungssysteme – und ein Beitrag
für mehr Gerechtigkeit im Land.